

Meine Distanz zum vorliegenden Entwurf bleibt erhalten. Der Programmentwurf braucht den Widerspruch.

Da mich seit vergangenen Montag eine Reihe von verwunderten, entrüsteten usw. Anfragen erreichten, wie es zusammen passt, vorher grundsätzliche Kritik am Programmentwurf zu transportieren und letztlich einen solchen – in etwas abgeänderter Form – einstimmig zu verabschieden, scheint es mir wichtig, euch über den Verlauf der Dinge zu informieren. Hinzu kommt, dass es in den letzten Tagen immer wieder Versuche gab, meine unmissverständlich und schriftlich formulierte Distanz zum Programmentwurf einfach wegzuschweigen. Offensichtlich gibt es in unserer Partei mitunter ein recht angestregtes Verhältnis zu Transparenz und zu einem konstruktiven Umgang mit Differenzen.

Deshalb folgendes zur Erklärung:

1. Ich habe dem nun verabschiedeten Entwurf für ein neues Parteiprogramm **nicht zugestimmt**. Meine **grundsätzliche Kritik**, die sich allerdings zum Zeitpunkt der Abgabe dieses schriftlichen Votums auf jenen Text bezog, der zu Beginn der Beratung am 15.3. vorlag, **halte ich aufrecht**.
2. Aber: Am 15.3. 2010 tagte der Bildungskonvent für Sachsen-Anhalt. Da dort eine entscheidende Weichenstellung für die Bildungspolitik in Sachsen-Anhalt nach 2011 verhandelt worden ist, habe ich mich entschieden, diese Verhandlungen auch bis zum Schluss zu führen. Den Verhandlungen zum Programmentwurf habe ich demnach nicht teilgenommen. Meine Distanz zum vorliegenden Entwurf habe ich dennoch allen Mitgliedern der Programmkommission schriftlich mitgeteilt. Auch die letztlich etwas veränderte Form des Entwurfs hebt meine grundsätzlichen (!) Probleme keinesfalls auf.

Meine Auffassung dazu ist nach wie vor die, **dass Klarheit in der Differenz sehr viel demokratischer, transparenter und für eine programmatische Debatte belebender ist, als ein wie auch immer zu Stande gekommener Formelkompromiss**. Ein solcher macht die Unterschiede unproduktiv und verstellt letztlich den notwendigen Blick darauf und verhindert so eine konstruktive aber ehrliche Debatte zu grundsätzlichen programmatischen Problemen.

Fazit: Ich bleibe bei meiner **grundsätzlichen Distanz** zu diesem Entwurf (Die Begründung dazu findet sich in der Anlage.) und werde meine Position dazu transparent und konstruktiv in die bevorstehende Programmdebatte einbringen.

Einige sehr grundsätzliche Beweggründe

Im Folgenden will ich zu einigen wenigen – für mich **sehr grundsätzlichen** - Gründen Stellung nehmen.

1. **Die Gesellschaftliche Analyse des vorliegenden Entwurfes liest sich für mich – ich sage es undiplomatisch – eher wie die Illustration des Grauens und eher nicht wie eine rationale und ausgewogen differenzierte Sicht auf die Prozesse die sich vollzogen und vollziehen**. Ich verkenne nicht, dass die Dominanz des Kapitals in immer mehr Bereichen des gesellschaftlichen und privaten Lebens für viele – für viel zu viele - Menschen Armut, Ausgrenzung und Ausweglosigkeit bedeuten. Wenn man den Blick weitet auf das globale Geschehen spitzt sich diese Perspektive womöglich weiter zu. Ich verkenne jedoch auch nicht, welche Integrationspotenziale dieser Kapitalismus nach wie vor (noch) besitzt. Keineswegs nur für jene Teile der Oberschicht, die in ihrer Maßlosigkeit gesellschaftliche und soziale Ressourcen verhökern, ist individuelle Realität, was mitunter als das gute Leben bezeichnet wird: ein vernünftiges Einkommen, interessante Lebensperspektiven, Teilhabe

an demokratischen Prozessen. Auch wenn ich der Meinung bin, dass unsere Motivation vor allem darin liegen sollte, die Lebenssituation von Menschen als Ausgangspunkt zu nehmen, die in außerordentlich schwierigen Lebenslagen ihr Dasein fristen müssen.

Mein Anliegen ist es trotzdem: ein Bild von einer kapitalistischen Gesellschaft zu zeichnen, das ausgewogen und differenziert die Risiken und die Chancen ihrer Potenziale in den Blick nimmt und analysiert, Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten aufnimmt **und dabei auf dichotome und vereinfachende Weltbilder verzichtet. Der vorliegende Entwurf wird m.E. diesem Anspruch nicht gerecht.**

2. Das dahinter liegende **Konzept/ Verständnis von Eigentum** mit all den darin liegenden Konsequenzen für ein entsprechendes Gesellschaftsmodell – darunter die Verteilung von gesellschaftlichen Aufgaben zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft - ist nicht das, was meinen Vorstellungen von einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft entspricht. Ich teile selbstverständlich die grundlegende Kritik und vor allem die Einschätzung gesellschaftlicher Entwicklungen, die in einer Kapital**dominanz** begründet liegt. Diese Kritik haben wir in unserem Entwurf ausgiebig vorgenommen. Viele Bereiche des Lebens von Menschen ebenso wie viele andere gesellschaftlichen Bereiche sind in ihrem Bestand, in ihrem sozialen Funktionieren durch die alles dominierende Macht von Geld und Privatbesitz gefährdet.

Die Alternative für diese krisenhaften Entwicklungen sehe ich jedoch nicht darin, den unternehmerischen Sektor gänzlich in seinem Bestand bzw. de facto in seinem Funktionieren in Frage zu stellen. Privates Eigentum an Produktionsmitteln muss nach meinen politischen Vorstellungen in seinen Potenzialen nutzbar gemacht werden, um Lebensqualität von Menschen zu verbessern, um Innovation und Entwicklung zu befördern. Ich verkenne selbstverständlich nicht die enormen Risiken, die von einer ungebremsen Kapitallogik ausgehen. Alternativen liegen für mich aber – im Unterschied zum vorliegenden Entwurf – darin, Markt, Wettbewerb und Renditen wirksamen sozialen, ökologischen und demokratischen Regeln zu unterwerfen. Im vorgelegten Entwurf finden sich eine Vielzahl von Verboten und Restriktionen. Einige finden durchaus meine Zustimmung – so die starke betriebliche Mitbestimmung bei strategischen unternehmerischen Entscheidungen, die Forderung nach einem Mindestlohn und andere mehr. **In ihrer Gesamtheit jedoch, und vor allem verbunden mit dem Bekenntnis, Eigentum weitestgehend vergesellschaften/ verstaatlichen zu wollen, halte ich dieses Konzept für untauglich, um einen starken aber dennoch kontrollierten unternehmerischen Sektor zu entwickeln. Eine solche Wirtschaftsordnung halte ich für wenig tauglich, Entwicklung und Innovation voranzutreiben, damit die Lebensqualität von Menschen zu verbessern und nicht zuletzt, die Ressourcen zu erwirtschaften, die wir letztlich für eine umfassende Daseinsvorsorge nötig haben.**

Eine Erkenntnis des realen Sozialismus war es unter anderem, dass gerade zentralisiertes Eigentum (Staatseigentum) sich außerordentlich hinderlich gezeigt hat, ein Eigentümerbewusstsein zu entwickeln, was Eigeninitiative, Verantwortungsbewusstsein und Effizienz im Umgang mit Ressourcen fördern könnte. „Aus den sozialistischen Betrieben ist noch so manches rauszuholen“ – auf diesen – wie ich finde weisen – Nenner hat es der Volksmund damals gebracht.

3. Freiheitsrechte und soziale Rechte – mit anderen Worten – Freiheit und Sozialismus sind gleichwertig. Und nicht nur das: Sie bedingen einander, und zwar wechselseitig. Die Auflösung dieses Spannungsverhältnisses in einer der beiden Richtungen führt in eine Katastrophe.

Ich habe als Mitglied der PDS Anfang der 90er Jahre ausreichend viel Zeit damit verbringen müssen und verbracht, über die Dinge zu diskutieren, die den realen Sozialismus zum Scheitern gebracht haben. Zu Fall gebracht hat diesen Versuch damals unter anderem die Abwesenheit institutionell verbriefter und real gesicherter demokratischer Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Reisefreiheit und weitere. Wahrscheinlich ist es in der Tat so, dass es die Abwesenheit ist, die einem Dinge besonders wertvoll erscheinen lässt.

Meine Lebenszeit im Kapitalismus wiederum hat mich gelehrt, dass zu einem menschenwürdigen Katalog von Grundrechten auch die sozialen Rechte gehören. Ich kann verstehen, dass GenossInnen in den etwas veralteten Bundesländern von ihrer Ausgangsperspektive betrachtet, einen

beträchtlichen Abbau von Demokratie und Grundrechten beklagen – und zu Recht beklagen. Meine Ausgangsperspektive ist jedoch eine andere. Und gerade deshalb weiß ich die so genannte demokratische Basis in diesem Kapitalismus zu schätzen, auch wenn ich sie für deutlich zu kurz gekommen halte. Es ist ein Anfang. Ein wertzuschätzender Anfang. Die Formulierung im vorliegenden Programmentwurf diskreditiert diesen Anfang, in dem er Freiheit nur – und damit ausschließlich – im sozialistischen Kontext als möglich betrachtet.

Freiheitsrechte und soziale Rechte – mit anderen Worten – Freiheit und Sozialismus sind gleichwertig. Auf diese Gleichwertigkeit, die nirgendwo auch nur annähernd in den Geruch kommen darf, einer der beiden Seiten mehr Gewicht als der anderen zuzubilligen, oder sogar eigentlich nicht ehrlich gemeint zu sein, legen viele GenossInnen aus den nun nicht mehr ganz so neuen Bundesländern viel Wert. Für eine unmissverständliche Gleichwertigkeit gibt es in unserer Sprache das Wort „und“. Ich werde keinem Entwurf zustimmen, der es in der Frage der Gleichwertigkeit an Eindeutigkeit vermissen lässt. Der derzeit vorliegende Entwurf tut dies nach meiner Bewertung.

4. Politik ist immer Umbau bei laufendem Betrieb, mit erwartbaren und nicht erwarteten Risiken und Nebenwirkungen – also ein Transformationsprozess. Ein gut hörbar einrastender Kippschalter ins gute Leben ist auch für uns nicht im Angebot. Anders ist die praktische Umsetzung unserer Visionen, und nur daran sind die Menschen interessiert, die uns ihre politische Aufmerksamkeit widmen.

Auch unsere Visionen müssen sich letztlich in reale Politik überführen lassen (können), um dort auf eine Vielzahl von Widersprüchen zu treffen. Viel zu komplex sind politische Entscheidungen und demokratische Entscheidungsprozesse miteinander verwoben, als dass sie an allzu simple Ultimaten gemessen werden können. Das einzige, was letztlich messbar bleiben wird, ist **das Saldo an politischen Erfolgen und Misserfolgen in den jeweiligen komplexen Zusammenhängen**. Die so genannten Haltelinien können dieser Komplexität nicht gerecht werden. Sie klingen freundlich überzeugend, jedoch nur auf den ersten Blick, und nur für jene, die sich dem realen politischen Geschehen nicht widmen oder widmen wollen.

Ist es Sozialabbau, wenn ich den Landesfamilienpass, der aufgrund seiner Kostenbeteiligung und aufgrund dessen, dass er nur bei einer finanziell halbwegs gut ausgestatteten Familie zu Entfaltung kommen kann, abschaffe, um letztlich einen kommunalen Familienpass zu finanzieren, der denen weiter hilft, die auf öffentlichen Nahverkehr in der Gemeinde angewiesen sind? Ist es Sozialabbau, wenn ich die Kita-Gebühren für Höchstverdiener heraufsetze, um sie für Geringverdiener erträglicher zu gestalten? Letztlich führen solche Fragen auch dazu, ob nicht jede reale Steuerreform auch Momente von Sozialabbau in sich tragen (müssen).

Wie politische Entscheidungen beurteilt werden, das gehört in den demokratischen Diskurs der gesamten Partei – zweifellos. Aber die Entscheidung darüber, wie politische Konstellationen fortgesetzt werden sollen, die sollte den GenossInnen überlassen werden, die vor Ort organisiert sind. Leichter wird die Abwägung dadurch nicht. Kann und soll sie auch nicht. Aber die Form von Ultimaten – wie sie im Entwurf enthalten sind – verhindern lediglich politische Praxis, und verhindern damit wirklich kritische Begleitung von Regierungshandeln. Die Debatten werden so immer wieder reduziert auf das OB, das WIE hingegen wird der differenzierten Kritik weitgehend entzogen. Die damit gewollte Verlässlichkeit ist trügerisch. Der einzige Weg zu verlässlicher Politik ist Transparenz und diskursive Auseinandersetzung: Ehrliche Politik täuscht sich und andere nicht über die Bedingungen unter denen sie stattfindet.

Birke Bull

Mitglied der Programmkommission